

Verhältnisse zur Zeit der Offenburger Versammlung beschaffen waren, werden sie aber in diesem Punkte dem Wesen nach etwas länger bleiben.

Es ist nämlich ein anderes unabwendbares Gesetz der Staatsumwälzungen, daß dieselben anfangs niemals der Leitung der Republikaner, sondern jener der freisinnigen Männer der mittlern Meinung oder Richtung zufallen. Von Zeit zu Zeit sinkt jedoch die Popularität und moralische Macht dieser Männer unter dem gewaltigen Drange der Ereignisse und dem Einfluß der Staatsfehler der Fürsten: von Zeit zu Zeit wächst deshalb die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Republik und mit ihr die Zahl der Anhänger der letztern an. Endlich tritt der Augenblick ein, wo die Mehrheit der Nation die Unvermeidlichkeit der Republik anerkannt, und in diesem Augenblick geht die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten auf die Republikaner über. So ist der Verlauf der Staatsumwälzungen in denjenigen Reichen, wo sie zum ersten Mal auftreten, mithin nicht wie in Frankreich die Folge einer frühern Revolution sind.

Darum liegt es in den heiligsten Interessen der deutschen Republikaner, daß sie ihren Zweck durch eine voreilige, unreife Geburt, sohin durch eigenmächtiges Ausrufen der Republik in einzelnen kleinen Landstrichen nicht selbst gefährden. Sie müssen ruhig abwarten, bis ihre Zeit kommt, und die Geschichte zeigt ja, wie schnell dieser Augenblick bei den Revolutionen eintritt. Das hartnäckige reaktionäre System der deutschen Fürsten hat die gegenwärtige Staatsumwälzung gemacht, die weiteren Staatsfehler derselben Fürsten werden die Republik erzeugen. Während also die Fürsten an der deutschen Republik arbeiten, dürfen ihnen die Republikaner nicht in den Arm fallen: sie müssen dieselben gewähren lassen, denn die Fürsten arbeiten für die Zwecke des Freistaates.

Wenn indessen die dringendsten Pflichten gegen sich selbst den deutschen Republikanern gebieten, ihrem Zwecke nicht durch eigenmächtige Einführung der Republik in einzelnen Landstrichen zu schaden, sondern den Ausspruch der Mehrheit der Nation abzuwarten, so hindert das gleichwohl nicht, daß nicht alle Männer von reiner Vaterlandsliebe, sie, welche der Hingebung für ihre Grundsätze fähig sind, schon jetzt aufrichtig an die republikanische Richtung sich anschließen und dieselbe mit geistigen Gründen befördern. Es ist dies im Interesse der Nation vielmehr wünschenswerth, damit die Masse von Einsicht, Bildung und Charakterstärke auf die Leitung eines Ereignisses Einfluß erlange, welches nach den Gesetzen der Weltordnung unvermeidlich ist. Ich meines Orts bin bereit, in solchem Sinne

wieder zu wirken. Die einfachste Art meiner Thätigkeit wäre die Wiederherausgabe der „deutschen Tribune.“

Diese Zeitschrift war das erste republikanische Blatt in Deutschland, an dieselbe knüpfen sich große historische Erinnerungen: die Ideen, für welche sie vor 16 oder 17 Jahren kämpfte, sind jetzt Gemeingut der Nation: nichts scheint daher natürlicher zu sein, als ein Organ wieder zu beleben, welches Saamenkörner zu den Früchten der Gegenwart austreute. Möge seine Wirksamkeit jetzt dahin gehen, einen Beitrag zu liefern, daß die großartige Bewegung einer glücklichen Zeit zum Heile der Nation geleitet wird.

Natürlicher Boden der wieder erstehenden „deutschen Tribune“ wäre die Rheinpfalz. Dort wurde in der Kriminaluntersuchung gegen mich, wegen des Pressevereins, von den Appellationsgericht in Zweibrücken ausgesprochen, daß man auch in der Monarchie die Republik vertheidigen und dieselbe fordern dürfe, sofern das nur durch geistige Gründe im Wege der Erörterung und Belehrung, ohne Anwendung von Waffengewalt oder Aufforderung zu derselben geschieht. Gerade das wäre nun die Politik der wieder erstehenden „deutschen Tribune.“ Letzere würde die Gründe für die Republik entwickeln, hingegen mit Wärme vor allen gewalthätigen unreifen Versuchen zur Einführung derselben in einzelnen Landstrichen warnen. Der oberste Grundsatz der Zeitschrift würde sein, die Entscheidung der Mehrheit der Nation über die künftige Verfassung Deutschlands abzuwarten.

Mit der Wiederbegründung der „deutschen Tribune“ soll ein Versuch gemacht werden: sie wird am 15. April oder am 1. Mai d. J. in einer Stadt der Rheinpfalz erscheinen. Besondere Ankündigungen werden das Nähere bekannt machen.

Karlsruhe, am 27. März 1848.

### Seid wach!

Wie es aussieht, so müssen wir unsere jetzigen Errungenschaften noch theuer bezahlen; denn die unselige Fürstenpolitik wird es noch so weit bringen, daß ein Krieg unausbleiblich sein wird und daher kommt es auch, daß im Handel und Wandel alles Vertrauen geschwunden ist. — Zu jedem Verkehre unter den Menschen gehört doch immer ein gewisses Vertrauen und dieß ist leider nicht mehr da; tief erschüttert liegt Alles darnieder und nur eine vernünftige Politik des Volksparlaments in Frankfurt a. M., das hoffentlich den Fürsten alle und jede freie Disposition (Verfügung)